

## 1202 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXII. GP

# Bericht des Unterrichtsausschusses

### über den Antrag 626/A(E) der Abgeordneten Dieter Brosz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Stärkung der Schulpartnerschaft

Die Abgeordneten Dieter Brosz, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 12. Mai 2005 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die ExpertInnen der Zukunftskommission verweisen in ihrem Abschlussbericht auf die zentrale gesellschaftliche Bedeutung der gelebten Demokratie an den Schulen. ‚Sich für etwas zu engagieren, einen Standpunkt vertreten, Vereinbarungen treffen, Verantwortung tragen und Rechenschaft ablegen können sind grundlegende soziale Kompetenzen, deren Erwerb ähnlich wichtig ist wie Lesen, Schreiben und Rechnen – damit kann auch in der Schule nicht früh genug begonnen werden.‘ (65)

Eine funktionierende Demokratie – so die Zukunftskommission – benötigt engagierte, politisch denkende BürgerInnen, die mitbestimmen und die Gesellschaft mitgestalten wollen.

Die Schule sei für Kinder und Jugendliche – nach der Familie – nun der wichtigste Ort, wo erste, eigene, oft prägende ‚demokratische‘ Erfahrungen gemacht werden. Deshalb sei es auch so wichtig, dass demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten schon mit den 10- bis 14-Jährigen beginnen sollte, Schulpartnerschaft muss also nicht nur insgesamt gestärkt, sondern insbesondere auch auf die Unterstufe ausgeweitet werden.

Die Zukunftskommission empfiehlt eine Schulpartnerschaft mit LehrerInnen und Eltern, in der SchülerInnen mitreden, Vorschläge machen und in ihren Anliegen ernst genommen werden. Sie sollen weiters die Gelegenheit erhalten, selbständig das Schulleben mitzugestalten, Kompromisse zu schließen und Vereinbarungen auszuhandeln. Die Zukunftskommission betont außerdem das notwendige Recht der SchülerInnen auf echte Mitbestimmung.

SchülerInnen sollten von den LehrerInnen stärker in die Jahresplanung einbezogen werden und über Alternativen in den Lerninhalten mitbestimmen können. Dasselbe müsse für die Lernorganisation gelten, wo SchülerInnen mehr Gelegenheit zu selbst bestimmten, offenen Lernphasen erhalten sollten und wo Struktur und Auswahl der Fächer stärker auf die Interessen und Bedürfnisse der SchülerInnen ausgerichtet werden müssen. Diese Maßnahmen tragen für die Zukunftskommission auch dazu bei, Neugier und Interesse, Lernfreude und Motivation zu erhöhen.

Die Zukunftskommission verweist zudem auf die steigende Bedeutung der SchulpartnerInnen bei pädagogischen und administrativen Entscheidungen, die sich daraus ergibt, dass die österreichischen Schulen zunehmend selbst autonomer und selbständiger werden. Die gelebte Schuldemokratie müsse sich diesen Veränderungen anpassen. ‚Wenn die Schulpartner künftig auch autonom über das eigene Budget und die Anstellung von LehrerInnen entscheiden können‘, so die Zukunftskommission, ‚so muss auch hier den SchülerInnen und den Eltern entsprechende Mitsprache und Mitbestimmung (zumindest ein Veto) eingeräumt werden.‘ (65)“

Der Unterrichtsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 22. November 2005 in Verhandlung genommen.

Berichterstatter im Ausschuss war Abgeordneter Dieter **Brosz**.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Mag. Dr. Alfred **Brader**, Wolfgang **Großruck**, Nikolaus **Prinz**, Christian **Faul** und Dr. Franz-Joseph **Huainigg**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit.

Als Berichterstatter für das Plenum wurde Abgeordneter Wolfgang **Großruck** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2005 11 22

**Wolfgang Großruck**

Berichterstatter

**Werner Amon, MBA**

Obmann